

DIE PHILIPPINEN: VON DER "NEUEN GESELLSCHAFT" ZUR "NEUEN REPUBLIK"*

Jürgen Rüländ

Am 17. Januar 1981 beendete Präsident Ferdinand E. Marcos den 1972 über die Philippinen verhängten Ausnahmezustand (Martial Law). Marcos selbst bezeichnete diese für viele politische Beobachter überraschende Maßnahme als den vorläufigen Höhepunkt eines stufenweisen "Normalisierungsprozesses" auf dem Wege zur Wiederherstellung der Demokratie, den er bereits 1978 mit den Wahlen zur Nationalversammlung (Batasang Pambansa) eingeleitet und 1980 durch die Abhaltung von Kommunalwahlen fortgesetzt habe. An die Stelle der "Neuen Gesellschaft", mit der Marcos seine autoritäre Herrschaft nach 1972 ideologisch zu rechtfertigen suchte, trat die "Neue Republik", die er im Juli 1981 proklamierte. Heute, mehr als zwei Jahre nach dieser Zäsur, stellt sich immer mehr die Frage, was eigentlich neu ist an der "Neuen Republik", was sich geändert hat gegenüber den Tagen des Ausnahmezustands. Dieser Artikel unternimmt daher den Versuch, eine vorläufige Bilanz der politischen Entwicklung in den Philippinen seit der Aufhebung des Ausnahmezustandes zu ziehen. Er geht aus von der These, daß diese Maßnahme lediglich ein formaler Akt war, der keine substantiellen Veränderungen im politischen Willensbildungsprozeß nach sich zog.

Keine Liberalisierung

Obwohl die Gründe, die zur Aufhebung des Ausnahmezustandes führten, sich nicht mit eindeutiger Sicherheit bestimmen lassen, spricht viel dafür, daß sich Präsident Marcos nicht aus freien Stücken, sondern unter dem Diktat einer wachsenden innenpolitischen Polarisierung und der zunehmenden Unzufriedenheit vieler Bürger mit den Leistungen seiner Regierung zu dieser Maßnahme genötigt sah. Angesichts der ökonomischen Stagnation und der sich verschlechternden Lebensbedingungen waren viele Filipinos nicht länger bereit, auf grundlegende bürgerliche Freiheitsrechte zu verzichten. Als bedrohliche Anzeichen einer her-

*Der Artikel wurde vor der Ermordung des Oppositionspolitikers Benigno Aquino verfaßt. In einem Nachwort nimmt der Autor Stellung zu diesem Ereignis. Die Redaktion

aufziehenden innenpolitischen Krise werteten politische Beobachter vor allem die zahlreichen Bombenanschläge, die Manila in der zweiten Hälfte des Jahres 1980 erschütterten und als deren Urheber Politiker gelten, die bislang der gemäßigten bürgerlichen Opposition zugerechnet wurden.¹ Gleiches gilt für das Erstarren des militanten Widerstandes unter Führung der Communist Party of the Philippines (CPP) und ihrer Kampforganisation, der New People's Army (NPA). Als Ende 1980 auch noch der von der Weltbank in Auftrag gegebene, streng geheime Ascher-Report durch Indiskretionen an die Öffentlichkeit gelangte und von einem zunehmenden Legitimitäts- und Stabilitätsverlust der Regierung sprach², fürchtete Marcos um die Kreditwürdigkeit seines Regimes, dessen Entwicklungsstrategie in hohem Maße von ausländischen Investoren und Kapitalgebern abhängig ist. In dieser Situation wollte Marcos durch eine formale Liberalisierungsgeste rechtzeitig einer Entwicklung vorbeugen, die möglicherweise zu echten Machteinbußen führen könnte.

Wie wenig Präsident Marcos jedoch bereit war, auf seine umfassenden Machtbefugnisse zu verzichten und wie sehr die Aufhebung des Ausnahmezustands rein legitimatorischen Charakter besaß, bewiesen die kurze Zeit danach eingeleiteten politischen Schritte. Die Liberalisierung erschöpfte sich in vagen Versprechungen; lediglich die Auflösung der Militärgerichte (mit Ausnahme der laufenden Prozesse), die etwas liberalere Handhabung des Presse- und Versammlungsrechts, eine zeitweise Lockerung des Streikrechts, sowie eine beschränkte Amnestie blieben die einzigen nennenswerten Zugeständnisse. Anstatt das in der Verfassung von 1973 vorgesehene parlamentarische Regierungssystem von den einschränkenden Übergangsregelungen des Ausnahmezustands zu befreien und im vollem Umfange zu verwirklichen, verabschiedete die Nationalversammlung (Batasang Pambansa) im Februar 1981 sechs Verfassungsänderungen. Kern dieser Verfassungsänderungen war die Einführung eines präsidentialen Regierungssystems mit einem starken Präsidenten, der in nahezu autokratischer Weise die Richtlinien der Politik bestimmt. Danach ist der Präsident Staatsoberhaupt und Regierungschef in einer Person, ernennt den Premierminister und besitzt durch sein Recht, präsidentiale Dekrete zu erlassen, weitreichende legislative Kompetenzen. Die schwache Stellung des Batasang Pambansa (BP) blieb damit auch unter den neuen politischen Rahmenbedingungen erhalten. Von den 200 Parlamentsabgeordneten waren ohnehin nur 165 vom Volk gewählt, die restlichen 35 Abgeordneten hingegen vom Präsidenten ernannt. Eine nennenswerte

parlamentarische Opposition gibt es nicht; sie besteht aus lediglich 14 Abgeordneten, die nicht der regierenden Kilusang Bagong Lipunan-Partei (KBL) angehören.³

Die oppositionellen Kräfte werden auch in Zukunft nur geringe Chancen besitzen, im Parlament vertreten zu sein. Infolge eines komplizierten Wahlgesetzes, das die Oppositionsparteien benachteiligt, fallen wichtige Entscheidungen über die Zusammensetzung des Parlaments bereits im Vorfeld der Wahl. So können nur diejenigen Parteien am Wahlkampf teilnehmen, die von der Wahlaufsichtsbehörde COMELEC offiziell anerkannt werden. Voraussetzung dafür ist jedoch eine erfolgreiche Beteiligung an früheren Wahlkämpfen.⁴

Trotz der überwältigenden Mehrheit seiner KBL-Partei ließ Marcos zahlreiche Sicherungen in den Gesetzgebungsprozeß einbauen, um eine politische Verselbständigung des Parlaments zu verhindern. Besondere Erwähnung verdient dabei die ausgeklügelte parlamentarische Geschäftsordnung, die jede Gesetzesvorlage einem zeitraubenden Filterungsprozeß unterwirft.⁵ So überrascht es kaum, daß das BP von 1978 bis 1981 lediglich 57 Gesetze verabschieden konnte. Das BP ist damit allenfalls eine parlamentarische Attrappe. Es dient wie die Parlamente der anderen Staaten Südostasiens primär dem Zweck, die Macht der Exekutive zu vergrößern und autoritäre Entscheidungsprozesse hinter einer parlamentarischen Fassade zu verbergen.⁶ Eine Gewaltenteilung, die eine universelle und unabdingbare Voraussetzung jeder demokratischen Willensbildung ist, findet durch das BP nicht statt.

Die Verfassungsänderungen wurden der Bevölkerung am 7. April 1981 in einem Plebiszit zur Ratifizierung vorgelegt. Doch diese Art der Volksbefragung war nicht neu, denn bereits in der Zeit des Ausnahmezustands suchte Marcos in mehreren Referenden um eine akklamatorische Bestätigung seiner Herrschaft nach. Den amtlichen Angaben zufolge sprachen sich am 7. April 79% der Wähler für die Verfassungsänderungen aus.⁷ Im Vergleich zu den 90%-Margen früherer Referenden war dies für die Regierung ein unbefriedigendes Ergebnis; vor allem, wenn man berücksichtigt, daß der gesamte Staatsapparat zur Mobilisierung der Wähler und zur Einschüchterung der Opposition eingesetzt, und daß das Wahlergebnis durch vielfältige Manipulationen zugunsten der Regierung beeinflußt wurde. Doch noch bedenklicher für die Legitimität des Regimes mußte die Tatsache stimmen, daß schätzungsweise 9 Mio. Filipinos - das sind 34% aller Wahlberechtigten - dem Aufruf der Opposition folgten und das Referendum boykottierten. Selbst die Drohung der Regierung, das Fernbleiben an der Wahl straf-

rechtlich zu ahnden, vermochte die Boykott-Bewegung nicht zu beeindrucken. In 9 Provinzen und 11 Städten sprach sich sogar eine Mehrheit der Wähler gegen die geplanten Verfassungsänderungen aus.⁸

Dennoch war mit diesem Wahlergebnis der Weg frei für die Abhaltung von Präsidentschaftswahlen am 16. Juni 1981. Da die Regierung auf die Forderung der Opposition nach Herstellung von Chancengleichheit im Wahlkampf nicht einging, verzichtete diese auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten und boykottierte auch die Präsidentschaftswahlen.⁹ Ohne einen ernstzunehmenden Gegenkandidaten drohte die Wahl jedoch zur Farce zu geraten. Erst in letzter Minute gelang es Marcos, in Alejo Santos einen allerdings wenig glaubwürdigen Gegenkandidaten zu finden. Auch dieser Wahlkampf unterschied sich nicht von früheren Wahlgängen. Er wurde überschattet von Gewaltakten und zahlreichen Protesten gegen Betrugsmanöver der Regierung. In altbekannter Weise versuchte die Regierung, durch eine wohl-dosierte Mischung aus Druck, Einschüchterung und materiellen Anreizen ein ihren Erwartungen entsprechendes Ergebnis herbeizuführen. Besondere Anstrengungen wurden dabei vor allem in strukturschwachen Gebieten (z.B. den Slums der Hauptstadt) und in den Hochburgen der Opposition durch eine großzügige Vergabe von Projektmitteln unternommen. Die Wahlbeteiligung war infolgedessen - zumindest sofern man den amtlichen Angaben Glauben schenkt - wesentlich höher als zuvor beim Referendum. Sie wird mit 85% angegeben, von der Opposition jedoch auf lediglich 60% beziffert. Dessen ungeachtet wurde Präsident Marcos mit 88% der abgegebenen Stimmen in seinem Amt bestätigt.¹⁰ Der Wahlsieger hieß damit einmal mehr Ferdinand Marcos; eine glaubhafte Legitimationsbasis als demokratisch gewählter Präsident der Philippinen erlangte er aber auch diesmal nicht.

Auch im darauffolgenden Jahr setzte Marcos seine intensiven Bemühungen um eine demokratische Legitimation fort. So wurden im Mai 1982 die Dorf- und Nachbarschaftsräte (barangays) seit 13 Jahren erstmals wieder gewählt. In der Zwischenzeit waren diese Ämter fast ausnahmslos auf dem Wege der Ernennung mit loyalen Anhängern der Regierung besetzt worden. Dahinter stand das Ziel, das Regime durch einen politischen Unterbau zu konsolidieren, der auch Mobilisierungsfunktionen (etwa bei Referenden, Wahlen, wichtigen politischen Entscheidungen) wahrnehmen kann.

Über 1 Mio. Kandidaten bewarben sich um insgesamt 294.000 Ämter in den 42.000 barangays des Landes. Politische Parteien wurden nicht zugelassen; es sollte eine reine

"Persönlichkeitwahl" stattfinden. Dies änderte jedoch nichts an den hinlänglich bekannten wettbewerbsverzerrenden Begleitumständen. Wie kaum anders zu erwarten, endeten daher auch die Barangay-Wahlen mit einem eindeutigen Sieg der Regierung: Bei einer Wahlbeteiligung von 78% wurden etwa 70% der Barangay-Funktionäre in ihrem Amt bestätigt.¹¹

Die Herrschaftselite

Die Zusammensetzung der zahlenmäßig kleinen Herrschaftselite änderte sich seit der Aufhebung des Ausnahmezustandes nur unwesentlich. Nach wie vor besteht sie aus einer Allianz sog. Technokraten (das ist eine kleine Gruppe hochqualifizierter Ministerialbeamter mit akademischer, vorwiegend wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung), Günstlingen des Präsidenten-Ehepaares ("cronies") und führenden Militärs. Das Kräftegleichgewicht innerhalb dieses Herrschaftszirkels ist labil und ändert sich je nach politischer Konstellation. Dabei muß der Präsident in einer Art Schiedsrichterfunktion den Einfluß der einzelnen Fraktionen ausbalancieren - vor allem deshalb, um die Herausbildung von Koalitionen zu verhindern, die seinen eigenen Herrschaftsanspruch gefährden.

Im Kreise der Machtelite spielen die Technokraten allerdings eine politisch eher untergeordnete Rolle, da sie im Gegensatz etwa zu Singapur keine eigenständige politische Machtbasis besitzen.¹² Sie sind individuell austauschbar und abhängig vom Wohlwollen des Machthabers. Stabilisiert wird die prekäre Stellung der Technokraten nur durch ihre engen Kontakte zu den Kollegen der westlichen Regierungen und den Experten der internationalen Kreditgeberorganisationen wie der Weltbank (WB), des Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der Asian Development Bank (ADB), mit denen sie die gleiche entwicklungspolitische Denkschule verbindet. Ihre insbesondere im Ausland anerkannte Fachkompetenz erhöht die Kreditwürdigkeit des Regimes und fördert die Anlagebereitschaft ausländischer Investoren. Damit sind die Technokraten ein unverzichtbarer, weil herrschaftsstabilisierender Faktor innerhalb des politischen Systems der Philippinen.

Eine geringfügige Verschiebung der Kräftekonstellation zugunsten der Technokraten ergab die Kabinettsumbildung, zu der sich Präsident Marcos im Juli 1981 unter dem Druck der WB und des IWF gezwungen sah. Hintergrund dieser Maßnahme war die besorgniserregende wirtschaftliche Ent-

wicklung des Landes (hohe Auslandsverschuldung, Zahlungsbilanz- und Haushaltsdefizit)¹³, der die WB und ihr verlängerter Arm in den Philippinen, die Technokraten, bereits seit längerer Zeit durch den Übergang von einer importsubstituierenden auf eine exportorientierte Industrialisierung begegnen wollten. Von den dazu notwendigen strukturellen Anpassungsmaßnahmen wurden insbesondere die "cronies" betroffen, die deshalb ihren gesamten Einfluß aufboten, um dieser Umstrukturierung entgegenzuwirken. Im Dezember 1980 verschärfte sich die wirtschaftlich prekäre Lage des Landes, als der Unternehmer und Finanzmakler Dewey Dee sich mit Verbindlichkeiten in Höhe von 635 Mio. Pesos aus dem Lande absetzte. Dees Flucht löste einen Panikrun auf die Banken aus und verursachte einen Börsenkrach. Einige der größten Wirtschaftsunternehmen des Landes, die allesamt von Günstlingen des Marcos-Clans kontrolliert wurden, gerieten dabei an den Rand des Bankrotts. Für die WB und den IWF, die um ihre Milliardeninvestitionen und den Erfolg ihrer Entwicklungsprogramme in den Philippinen fürchteten¹⁴, ergab sich daraus eine willkommene Chance zur Disziplinierung der "cronies". Hinter den Kulissen wurde massiver Druck auf Marcos ausgeübt, den Technokraten größere Machtbefugnisse im Kabinett einzuräumen. In der Folge ernannte Marcos Finanzminister Cesar Virate zum Premierminister, verkleinerte das Kabinett und ernannte mit Jaime Laya einen neuen Zentralbankpräsidenten. Darüber hinaus stellte der Staat 5 Mrd. Pesos zur Sanierung der angeschlagenen Unternehmen bereit, übernahm dafür aber deren Aktienmehrheit. Dadurch gelangten führende Technokraten in einflußreiche Vorstandspositionen innerhalb dieser Unternehmen, was für die "cronies" eine empfindliche Machteinbuße nach sich zog.¹⁵

Gegenwärtig gibt es Anzeichen für eine neuerliche Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen diesen beiden Gruppen. Da das Technokratenkabinett unter den strengen Auflagen der WB und des IWF für 1983 ein Austeritätsbudget verabschiedete und die wirtschaftlichen Strukturveränderungen in verstärktem Maße fortsetzte, ist es in jüngster Zeit unter den heftigen Beschuß nicht nur der "cronies", sondern auch einflußreicher Politiker aus der Umgebung des Präsidenten geraten. Zu ihnen zählt vor allem die Präsidentengattin und First Lady, Imelda R. Marcos, die als Gouverneurin von Metro Manila und Minister of Human Settlements Budgetkürzungen für ihre ehrgeizigen und aufwendigen Projekte nicht hinzunehmen gewillt ist. Bei wachsendem Widerstand innerhalb und außerhalb des Kabinetts fällt es den Technokraten immer schwerer, ihre Entscheidungen

und Pläne zu verwirklichen. Cesar Virata, der Premierminister, zog aus diesem Dilemma eine erste Konsequenz: Er bot Präsident Marcos seinen Rücktritt an. Marcos lehnte jedoch ab.¹⁶

Das Militär spielte bis 1972 eine nur unbedeutende Rolle im politischen und gesellschaftlichen Leben des Landes. Nach der Verhängung des Ausnahmezustandes änderte sich dies jedoch schlagartig, als es zur Hauptstütze des Regimes avancierte. Auf allen Gesellschaftsebenen ist eine zunehmende Militarisierung deutlich spürbar. Der erhebliche Bedeutungszuwachs des Militärs schlug sich in einer Aufstokkung des Verteidigungshaushaltes um das Zehnfache von US\$ 82 Mio. (1972) auf US\$ 862 Mio. (1981) und einem Anwachsen der Mannschaftsstärke von 60.000 auf 285.000 Mann nieder. Doch nicht allein die regulären Kampfverbände, sondern auch die paramilitärischen Truppen, die Polizei und der Geheimdienst wurden zielstrebig verstärkt.

Neben ihrer Hauptfunktion, der Bekämpfung des militanten Widerstandes und politischer Dissidenten, übernahmen die Streitkräfte während des Ausnahmezustandes in zunehmendem Maße zivile Funktionen. Ähnlich wie in Indonesien und Thailand gelangten Militärs in einflußreiche Positionen der Regierung, Bürokratie und Privatwirtschaft. Selbst judikative Kompetenzen wurden der Armee durch die Einführung einer Militärgerichtsbarkeit übereignet.

Die ungelöste Nachfolgefrage

Infolge seiner zentralen Stellung innerhalb der philippinischen Herrschaftselite kommt dem Militär auch eine Schlüsselstellung bei der Nachfolge des Präsidenten zu. Um die Nachfolgefrage rankten sich in der Vergangenheit zahlreiche Spekulationen, da es Marcos während des Ausnahmezustandes stets vermieden hatte, eine eindeutige Regelung in dieser Hinsicht zu treffen. Die vage Bestimmung eines präsidentialen Dekrets, im Falle seines Todes oder Amtsunfähigkeit übernehme der Sprecher des BP bis zur Neuwahl des Präsidenten vorübergehend die Amtsgeschäfte, konnte den Verdacht nicht ausräumen, Marcos beabsichtige, seiner Gattin den Weg ins Präsidentenamt zu ebnen. Erst auf Druck der WB, des IWF und anderer Gläubiger des philippinischen Staates ließ sich Marcos zu einer Neuregelung der Nachfolgefrage bewegen. Zu diesem Zweck wurden Bestimmungen über ein 15-köpfiges "Executive Committee" in die Verfassungsänderungen von 1981 aufgenommen, das die Regierungsgeschäfte bis zur Neuwahl eines Nachfolgers weiter-

führen soll. Bis Ende 1982 hatte Marcos elf Mitglieder des "Executive Committee" ernannt; darunter Premierminister Cesar Virata als Vorsitzenden und einige andere Technokraten, deren Einfluß jedoch durch Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile, die First Lady und den Minister für kommunale Angelegenheiten und Gemeindeentwicklung, José Rono, ausbalanciert wird. Imee Marcos, die älteste Tochter des Präsidentenehepaares, erhielt Beobachterstatus in diesem Gremium. Die personelle Besetzung des "Executive Committee" läßt jedoch viele Fragen hinsichtlich seiner Funktionsfähigkeit offen. Angesichts der internen Gegensätze und der unterschiedlichen Machtressourcen, die den einzelnen Mitgliedern zur Verfügung stehen, muß im Ernstfalle eine Paralysisierung des Gremiums befürchtet werden. Marcos selbst hat erheblich zu diesen Zweifeln mit beigetragen, als er vor seiner Reise nach Saudi-Arabien im Frühjahr 1982 bei Fabian Ver, dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte, ein Memorandum hinterlegte, das "gewisse Instruktionen, Ernennungen und Entlassungen innerhalb der Regierung" für unvorhergesehene Ereignisse enthielt.¹⁷

Sollte Marcos durch Tod oder ein anderes Ereignis zum Abtritt von der politischen Bühne gezwungen werden, erscheint ein Diadochenkampf unvermeidbar. Mehrere Gruppen und Personen werden darum kämpfen, das entstehende Machtvakuum auszufüllen: Das Militär, Imelda Marcos, die bürgerliche Opposition und die militanten Widerstandsgruppen. Erste Positionskämpfe sind bereits im Gange, nachdem hartnäckige Gerüchte über ein schweres Nierenleiden des Präsidenten nicht verstummen wollen.

Da Marcos auch innerhalb der Streitkräfte das "divide-et-impera"-Prinzip anwendet, werden diese in einem künftigen Machtkampf nicht als einheitlicher Block auftreten. Zwischen Verteidigungsminister Enrile, dem Oberbefehlshaber der Armee, Fabian Ver, und dem Chef der Philippine Constabulary, Fidel Ramos, gibt es erhebliche Rivalitäten. Alle drei verfügen über eine beträchtliche Hausmacht innerhalb der Armee, auf die sie sich stützen können. Insbesondere Enrile gilt als politisch sehr ambitioniert und daher als Schlüsselfigur in der Nachfolgefrage.

Die First Lady dürfte im Kampf um die Präsidentennachfolge langfristig nur relativ geringe Chancen haben, da sie keine unmittelbare Hausmacht in der Armee besitzt. Zur Verfechtung ihrer Ansprüche muß sie sich auf Verbündete innerhalb der Streitkräfte verlassen. Um aber deren eigene Machtaspirationen zu befriedigen, wird sie gezwungen sein, weitgehende Zugeständnisse zu machen, die ihren politischen Manövrierspielraum sehr stark einengen würden. Ei-

ner der Hauptgewinner im Falle eines Machtkampfes dürfte daher zweifelsohne die bewaffnete Widerstandsbewegung sein, zumal sie die zu erwartende Kräftezersplitterung im Regierungslager dazu nutzen kann, ihre Einflußbasis durch eine militärische Offensive erheblich auszudehnen.¹⁸

Die Schwäche der bürgerlichen Opposition

Da mit der Beendigung des Ausnahmezustandes keine echte Liberalisierung verbunden war, kam es auch nicht zu einer Entspannung der innenpolitischen Situation. Zwar unterstützen noch immer viele Filipinos die Regierung, so daß diese sich derzeit noch keiner akuten Bedrohung durch die Opposition ausgesetzt sieht, doch schreitet die seit Ende der 70er Jahre zu beobachtende politische Polarisierung weiter fort. Eine parlamentarische bürgerliche Opposition, die als echte Alternative zur Marcos-Administration denkbar wäre, konnte unter den rigiden Rahmenbedingungen autoritärer Politik nicht entstehen. Vielmehr läßt sich gerade bei den bürgerlichen Marcos-Gegnern in zunehmendem Maße die Auffassung feststellen, daß eine legale Opposition und ein friedlicher Machtwechsel nicht mehr möglich sind. Einzelne Politiker beginnen daher nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem militanten Widerstand zu suchen. Überdies leben Marcos' schärfste Widersacher aus dem bürgerlichen Lager - so etwa die Ex-Senatoren Benigno Aquino und Raul Manglapus - außer Landes im amerikanischen Exil. Von dort aus versuchen sie - z.T. mit Unterstützung amerikanischer Kongreßabgeordneter - Druck auf Marcos auszuüben, um ihn zu einer echten Liberalisierung des politischen Systems zu zwingen.

Auch das zersplitterte philippinische Parteienwesen läßt Rückschlüsse auf den desolaten Zustand der bürgerlichen Opposition zu. Nachdem unter dem Ausnahmezustand die politischen Parteien zunächst aufgelöst worden waren, ließ Marcos anläßlich der Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1978 eine Neuformierung politischer Parteien zu. Dabei entstand ein semi-kompetitives Mehrparteiensystem, in dem die regierende KBL-Partei eine überragende Rolle spielt. Während jedoch selbst die KBL-Partei kaum mehr als ein Wahlverein ist, dessen lokale Parteigremien nur zum Zwecke der Kandidatennominierung zusammentreten, ist der organisatorische Unterbau der Oppositionsparteien noch wesentlich rudimentärer entwickelt. Keine der bürgerlichen Oppositionsparteien besitzt eine Massenbasis; sie sind nicht mehr als ein Vehikel einzelner Oligarchiefraktionen zur Ver-

tretung ihrer meist partikularen Interessen. Das weite Spektrum der bürgerlichen Oppositionsparteien ist ständig im Fluß, zumal den meisten Parteigruppierungen keine lange Lebensdauer beschieden ist. Häufig kommt es zu Fraktionnenbildung, Parteiaustritten, Spaltungen und Neugründungen. Die Programmatik geht in der Regel nicht über Allgemeinplätze hinaus. Entscheidende politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungen, die sich positiv auf die Lebensbedingungen der minder privilegierten Bevölkerungsgruppen auswirken, sind daher von der bürgerlichen Opposition ebensowenig wie von der Regierung zu erwarten, zumal die meisten Oppositionspolitiker derselben sozialen Schicht wie die Machthaber entstammen. Das einzig verbindende Element ist die Gegnerschaft zu Marcos. Dieser Minimalkonsens war es letztlich auch, der im April 1982 ein lockeres Bündnis von zwölf bürgerlichen Oppositionsgruppen unter einer gemeinsamen Dachorganisation, der UNIDO (United Nationalist and Democratic Opposition) ermöglichte.¹⁹ Hintergrund der Auseinandersetzung zwischen der Regierung und der bürgerlichen Opposition ist der eliteninterne Konflikt um die Wirtschaftspolitik des Landes, der bereits in den 60er Jahren die innenpolitischen Auseinandersetzungen bestimmte. Dabei bekämpft die bürgerliche Opposition die von der WB verordnete Freihandels- und Exportförderungspolitik der Regierung, die seit Anfang der 80er Jahre im forcierten Maße fortgesetzt wird.²⁰ Das Ziel dieser Politik ist es, die letzten Zollbarrieren abzubauen, die bislang eine ineffiziente, wettbewerbsunfähige heimische Konsumgüterindustrie schützen. Damit aber bedroht sie die wirtschaftlichen Grundlagen eines Teils der Oligarchie, die ihr Kapital gerade in diesem Industriesektor angelegt hat. In der nationalistischen Rhetorik, mit der die bürgerliche Opposition ihre Kritik an der Marcos-Administration versieht, liegen auch die Anknüpfungspunkte einer Allianz mit der radikalen, nationalistischen Linken.

Zulauf für den militanten Widerstand

Aus der Sicht der Regierung ist der militante Widerstand infolge seiner ideologischen Verwurzelung weit gefährlicher als die bürgerliche Opposition. Das Sammelbecken der radikalen Kräfte ist die National Democratic Front (NDF). Der NDF gehören u.a. die Communist Party of the Philippines (CPP), die New People's Army (NPA), einige sozialdemokratische Gruppen, die Christians für National Liberation (CNL) sowie verschiedene linksgerichtete Jugend-, Bauern-

und Arbeiterorganisationen an. Die einigende Klammer dieser Gruppen ist der Wille zum Sturz des Regimes, die grundlegende Veränderung des politischen Systems und ein gegen die ausländische Dominanz der Volkswirtschaft und der Kultur gerichteter Nationalismus. Die stärkste politische Kraft unter den Gruppen, die gewaltsamen Umsturz auf ihre Fahnen geschrieben haben, ist zweifellos die CPP und ihre militärische Kampforganisation, die NPA. Die NPA konnte in den letzten drei Jahren ihren Einfluß erheblich ausweiten - sowohl in Bezug auf die Zahl ihrer bewaffneten Guerilleros als auch ihrer Sympathisanten und Operationsgebiete. Sie ist heute in nahezu allen Provinzen des Landes präsent. Selbst die Regierung räumt ein, daß die NPA bereits 20% aller Dörfer des Landes infiltriert hat oder gar kontrolliert.²¹ Die Aktionsschwerpunkte der NPA befinden sich in Nord- und Südluzon, in einigen Provinzen Zentralluzons, der Insel Samar und neuerdings vor allem in Nord-, Ost- und Südost-Mindanao. Die Zentralregierung besitzt hier insbesondere über die weniger erschlossenen Landstriche kaum noch administrative Kontrolle. Ihre Vertreter wagen sich nur noch in die größeren Orte und dies auch nur unter aufwendigen Sicherheitsvorkehrungen. In taktischen militärischen Offensiven, die sich zur Zeit auf den Osten der Insel Mindanao konzentrieren, überfallen NPA-Kommandos Truppenlager und Armeepatrouillen. Außerdem liquidieren sie Regierungsspitzel, Polizisten, Dorfvorsteher und andere öffentliche Bedienstete, die als besonders korrupt und daher "volksfeindlich" gelten. Die Verluste der Regierungstruppen sind dabei beträchtlich: Im Jahre 1982 hatten sie über 500 Tote im Kampf gegen die NPA zu verzeichnen. Über die Zahl der bewaffneten NPA-Einheiten gibt es allerdings nur Mutmaßungen. Doch kann man davon ausgehen, daß die Schätzung der im allgemeinen sehr gut unterrichteten Far Eastern Economic Review von 5.000 bis 7.000 bewaffneten Guerilleros der Realität sehr nahe kommt.²²

Zwar folgt die CPP wie alle kommunistischen Kaderparteien den Organisationsprinzipien des "Demokratischen Zentralismus", doch die Tatsache, daß die NPA mittlerweile 36 Guerilla-Fronten gebaut hat, die über den gesamten Archipel verstreut sind, erfordert Zugeständnisse an dezentrale Organisationselemente. Ihre aktiven Kader rekrutieren die CPP und die NPA vorwiegend aus Bauern, jungen Sekundarschul- und Collegeabsolventen. Der Aufnahme in die Kader geht jedoch eine lange Bewährungszeit voraus - schon allein deshalb, um einer Infiltration durch Regierungsspitzel vorzubeugen. In ihrer revolutionären Strategie orientieren sich die CPP und NPA an Lin Piaos Modell

der Städte und Dörfer. Vom Lande her sollen die Städte eingekreist und schließlich befreit werden. Dazu bietet nicht nur die Archipellege optimale Voraussetzungen, sondern auch der tiefgreifende soziale Wandel, der sich gerade in den rückständigen Gebieten des Landes vollzieht. In Nord-Luzon, Samar und Mindanao zerstört eine kapitalintensive Modernisierung (Staudammprojekte, agrarkapitalistische Erschließung)²³ die Existenzgrundlage tribaler Minderheiten und zahlreicher kleiner Landbewirtschafter. Die Rücksichtslosigkeit, mit der die staatlichen Vollzugskräfte für die Durchführung dieser Projekte sorgen, übersteigt die Leidensfähigkeit der an Ausbeutung gewohnten Bevölkerung und erklärt ihre Bereitschaft, die NPA zu unterstützen. Hinzu kommt, daß die 1972 begonnene Agrarreform und die parallel dazu eingeleitete "Grüne Revolution" nur die wohlhabenderen Bauern begünstigten. Für die Mehrzahl der Bauern hingegen waren die Folgekosten so hoch, daß die Realeinkommen sanken, während die Landarbeiter und der gesamte "cash-crop"-Sektor, in dem die bedrückendsten Lebens- und Arbeitsbedingungen herrschten, von vornherein von den Reformen ausgeschlossen blieben. Ihr erklärtes Ziel, eine Landumverteilung zugunsten der kleinbäuerlichen Schichten einzuleiten, erreichte die Agrarreform nicht. Sie trug vielmehr zur weiteren Besitzkonzentration auf dem Lande bei. Um bei der ländlichen Bevölkerung Fuß zu fassen, mißt die Widerstandsbewegung ihrer politischen Basisarbeit entscheidende Bedeutung zu. Die Kader der CPP, der NPA sowie rund 50.000 Agitatoren der NDF wenden sich dabei in erster Linie an Kleinbauern und Landarbeiter, die sie durch eine intensive Bewußtseinsschulung gegen die Regierung zu mobilisieren suchen.²⁴ Daneben kommt es der NPA vor allem darauf an, ihre Fähigkeit zu konstruktiver Entwicklungsarbeit bei der Bevölkerung sichtbar zu machen. Ein besonders wirkungsvolles Instrument dazu ist die Landreform, die die NPA in ihren Operationsgebieten durchführt. Mit ihr werden wohlhabende Bauern gezwungen, Land an kleine Pächter und Landlose abzutreten, oder zumindest die Pachtforderungen zu reduzieren. Wer sich dagegen widersetzt, wird mit Waffengewalt dazu gezwungen oder getötet.

Innerhalb der CPP und der NPA ist die maoistische Ausrichtung in letzter Zeit durch die chinesische Kooperationspolitik mit den Regierungen der ASEAN-Staaten erheblich in Frage gestellt worden. Viele philippinische Kommunisten sehen ihren nationalen Befreiungskampf den geopolitischen Interessen der Volksrepublik China in Südostasien geopfert. So kommt es, daß man sich in der parteiinternen ideologischen Diskussion zunehmend mit anderen Revolutions- und

Entwicklungsmodellen beschäftigt: Kuba, Vietnam, Angola, Mosambik und Guinea Bissao, aber auch mit dem albanischen und jugoslawischen Weg. Selbst der Euro-Kommunismus findet Beachtung bei der Suche der CPP nach einer Variante des Sozialismus, die den gesellschaftlichen Bedingungen der Philippinen gerecht wird.

Während die NPA bislang kaum materielle Unterstützung aus dem Ausland erhielt, mehren sich in letzter Zeit die Anzeichen auf eine Internationalisierung des Konflikts. Einer Dokumentation des amerikanischen Kongresses zufolge erhält die NPA Waffenlieferungen aus dem Nahen Osten, die von Libyen finanziert, von der PLO beschafft und über die VR Jemen nach Mindanao verschifft werden.²⁵

Weniger Kopfzerbrechen als die NPA bereitet der Regierung aus dem Moro National Liberation Front (MNLF), eine secessionistische Moslembewegung, die in Mindanao und im Sulu-Archipel aktiv ist. Die MNLF, die von der Islamischen Konferenz unterstützt wird, strebt in ihren Maximalzielen einen selbständigen Staat für die drei bis vier Millionen Moslems an, die im Süden der Philippinen leben. Der blutige Konflikt, in dem sich ökonomisch-demographische (christliche Einwanderung und Kolonisierung, Landraub für agrar-kapitalistische Großprojekte), kulturelle und religiöse Motive des Widerstands verbinden²⁶, hat bis heute über 60.000 Todesopfer sowie mehr als eine Million Flüchtlinge hinterlassen. Nicht zuletzt infolge dieser hohen Verluste ist seit einigen Jahren eine gewisse Kampfmüdigkeit eingetreten. Hinzu kommen Gegensätze innerhalb der MNLF. Die Tendenz zur Fraktionenbildung und Spaltung hat zugenommen. Dazu hat auch die Politik der Marcos-Regierung mit beigetragen, die durch Amnestie-Erlasse, Bestechung und die Gewährung einer freilich von Manila kontrollierten Scheinautonomie²⁷ versuchte, die seit jeher ohnehin brüchige Einheit der Moslems aufzuweichen.

Zunehmende politische Unterdrückung

Solidarität findet der militante Widerstand vor allem in der Kirche, bei Teilen der Gewerkschaftsbewegung und der Studentenschaft. Insbesondere die katholische Kirche, der 85% aller Filipinos angehören, profiliert sich zunehmend als Regime-Kritiker. Zwar verfolgt die Mehrheit des Klerus dabei einen gemäßigten Kurs, doch die von Kardinal Sin geprägte Formel von der "kritischen Mitarbeit" wich in der Zwischenzeit offenen Rücktrittsforderungen an Marcos. Immer mehr Priester - vor allem solche, die in besonders

unterentwickelten Regionen oder in Kampfzonen arbeiten - wenden sich der Befreiungstheologie zu und sympathisieren mit der NDF. Auch die Fälle, in denen sich Priester der NPA anschlossen und mit der Waffe in der Hand gegen die Regierung kämpften, haben zugenommen.

Sinkende Reallöhne, Massenentlassungen und ein unternehmerfreundliches neues Streikrecht radikalisieren auch die Arbeiterschaft. Deutliches Anzeichen für diese Tendenz war die Gründung der linksgerichteten Gewerkschaft Kilusang Mayo Uno (KMU) am 1. Mai 1980, der Austritt von sieben Einzelgewerkschaften aus dem regierungsnahen Gewerkschaftsdachverband (Trade Union Congress of the Philippines) und die Formierung eines Gegenverbandes (Solidarity of Filipino Workers). Die Zahl der "wilden Streiks" und Arbeiterdemonstrationen stieg beträchtlich und nahm Ausmaße an, die nur mit der Zeit vor dem Ausnahmezustand vergleichbar sind.²⁸

Während eliteninterne Kritik in gewissen Grenzen durchaus toleriert wird, reagiert die Regierung auf den wachsenden Widerstand weiter Bevölkerungskreise mit verschärfter Repression.

Die Auseinandersetzung mit der NPA und der NDF wird hauptsächlich von der Armee und dem Geheimdienst geführt. Dabei häufen sich Berichte über Menschenrechtsverletzungen vor allem dort, wo im Zuge der Rebellenbekämpfung größere Truppenverbände stationiert werden. Beim Versuch, die mobilen Basen der NPA zu zerschlagen, besetzt die Armee oft ganze Dörfer und es kommt zu zahlreichen Übergriffen auf eine schutzlose Zivilbevölkerung. So berichtet ein Amnesty International Report aus dem Jahre 1982 von Verschleppungen, willkürlichen Tötungen und Folterpraktiken. Sog. "Lost Commands" - d.h. schwerbewaffnete Trupps ehemaliger, z.T. desertierter Regierungssoldaten, die von der Regierung toleriert werden - verübten in Samar und Mindanao zahlreiche Terrorakte im Namen der Rebellenbekämpfung. In jüngster Zeit richtete das Militär - ähnlich wie zuvor schon die Briten während der "Emergency" in Malaysia und die Amerikaner in Vietnam - sog. "strategische Dörfer" (hamlets) ein, um in Gebieten mit starker Guerilla den Aufständischen die Unterstützung der Landbevölkerung zu entziehen. Bisher gibt es in Mindanao rund 80 solcher "hamlets", in denen etwa 64.000 Menschen unter z.T. katastrophalen Versorgungsbedingungen leben müssen.²⁹ Damit vergleichbar ist die Einrichtung von sog. "freien Feuerzonen", der eine Evakuierung der Zivilbevölkerung in einem bestimmten Gebiet vorausgeht. Jeder, der danach in dieser Zone angetroffen wird, ist als mutmaßli-

cher NPA-Angehöriger Freiwild des Militärs. Allein in Samar beläuft sich die Zahl der Evakuierungen auf mittlerweile mehr als 64.000 Personen.³⁰ Verhaftungswellen, Verhöre und Bespitzelung sind weitere gängige Methoden der Marcos-Administration zur Bekämpfung politisch Andersdenkender. Wie zur Zeit des Ausnahmezustands bleibt im Falle des Subversionsverdachts die Habeas-Corpus-Akte weiterhin außer Kraft. Subversive Handlungen begeht nach Auffassung von Verteidigungsminister Enrile "anyone who speaks or acts against the government".³¹ So erklärt sich auch, warum noch immer zahlreiche Regimegegner ohne formale Anklage und Vorlage eines Haftbefehls in den Gefängnissen des Regimes verschwinden.

Ein deutliches Indiz für die verschärfte Unterdrückung politischer Dissidenten ist das entschlossene Vorgehen gegen Kritiker aus dem kirchlichen Bereich. Angesichts des großen Einflusses des Klerus auf die Massen hatte die Regierung den offenen Konflikt mit der Kirche bislang stets vermieden. Verhaftungen von Priestern und Nonnen erfolgten allenfalls in Einzelfällen und sehr selektiv. Seit verganginem Jahr jedoch wurden zahlreiche kirchliche Würdenträger - darunter auch ausländische, wie die Fälle des deutschen Pastors Volker Schmidt und des australischen Missionars Brian Gore verdeutlichen - sowie Gemeinde- und Sozialarbeiter unter dem Vorwurf verhaftet, sie unterstützten den kommunistischen Untergrund. Im Zentrum der Aktionen gegen kirchliche Einrichtungen, die im übrigen durch eine massive Kampagne der regimekonformen Presse unterstützt wurde, standen kirchliche Sozialprogramme, die als Tarnorganisation des militanten Widerstands diskreditiert wurden.

Aber auch gegen Gewerkschafter, Journalisten und Politiker der gemäßigten Opposition ging das Regime mit außergewöhnlicher Härte vor. Zunächst gelang es der Regierung im April 1982, den mutmaßlichen Vorsitzenden der NDF, Horacio Morales, und zehn weitere NDF-Mitglieder gefangenzunehmen. Im September und Oktober 1982 ließ Marcos die führenden Repräsentanten der KMU-Gewerkschaft verhaften. Das gleiche widerfuhr zwei Monate später dem gesamten Redaktionsstab der Zeitung "WE-Forum", dem einzigen regelmäßig erscheinenden Oppositionsblatt, das - wenn auch in bescheidener Auflage - die Standpunkte der bürgerlichen Opposition vertrat. Schließlich wurde im April 1983 mit Aquilino Pimentel ein profiliertes Politiker der gemäßigten Opposition unter dem Vorwurf der Subversion und der Zusammenarbeit mit der NPA verhaftet. Pimentel ist Bürgermeister der Stadt Cagayan de Oro in Nord-Mindanao und hat Marcos' KBL-Partei sowohl bei den Kommunalwahlen 1980

als auch beim Referendum von 1981 empfindliche Niederlagen beigefügt.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Beendigung des Ausnahmezustands durch Präsident Marcos war eine Maßnahme zur Festigung seiner Herrschaft, die vor allem durch die Mißerfolge im wirtschaftlichen und sozialen Bereich zunehmend an Legitimität und Stabilität eingebüßt hat. Substantielle Liberalisierungen im politischen Willensbildungsprozeß enthielt dieser Schritt nicht. Vielmehr schreitet die innenpolitische Polarisierung weiter voran und der Einfluß der militanten Widerstandsgruppen nimmt langsam aber stetig zu. Durch seine autoritäre Herrschaft hat Marcos parlamentarisch-demokratische Formen der Willensbildung weitgehend zerschlagen und die Entstehung einer gemäßigten, reformorientierten politischen Alternative vereitelt. Das Resultat dieser Politik ist mit großer Wahrscheinlichkeit eine Verfestigung des Autoritarismus in den Philippinen, der auch nach der Ära Marcos die vorherrschende Staatsform sein wird.

Zwar konnte die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hier nur andeutungsweise behandelt werden, doch steht dabei außer Zweifel, daß sie in einem düsteren Lichte gesehen werden muß. Angesichts der weltweiten wirtschaftlichen Rezession, die vor allem nicht erdölproduzierende Entwicklungsländer wie die Philippinen besonders hart trifft, und der Unfähigkeit der herrschenden Elite zu durchgreifenden sozialen Reformen, muß eine weitere Verschlechterung des Lebensstandards für die Masse der Bevölkerung befürchtet werden. Eine falsche Entwicklungsstrategie, die das ohnehin bescheidene Wirtschaftswachstum³² höchst ungleich verteilt und zahlreiche Menschen sozial entwurzelt, die zunehmende Militarisierung und der damit einhergehende Machtmißbrauch schaffen für viele Filipinos eine Situation, in der sie nichts mehr zu verlieren haben. Der Zustrom zum radikalen Widerstand wird unter diesen Vorzeichen weiter anhalten.

Die damit verbundene Intensivierung des Guerillakrieges wird zu einer Internationalisierung des Konflikts führen. Die Regierung erhält massive Militärhilfe von den USA³³, die Rebellen - wenn auch noch in geringem Umfange - Waffenlieferungen aus dem Nahen Osten. Die USA werden kaum eine Bedrohung ihrer strategisch wichtigen Militärstützpunkte in den Philippinen hinnehmen. Während die USA vor allem in der Anfangszeit der Reagan-Administration dabei be-

dingungslos auf Ferdinand Marcos setzten, und damit die strikt anti-amerikanische Haltung der nationalistischen Kräfte weiter bestärkten, versuchen sie in jüngster Zeit, die Kontakte zur bürgerlichen Opposition neu zu beleben. Dadurch soll einer Entwicklung vorgebeugt werden, in der die USA - ähnlich wie nach dem Machtwechsel im Iran oder in Nicaragua - als Schutzmacht eines diktatorischen Regimes kompromittiert sind und fast jeden Einfluß auf die Politik dieser Länder verloren.³⁴ Daß dies gelingt, muß allerdings bezweifelt werden.

Postskriptum

Nur wenige Wochen nach Abfassung dieses Artikels wurde am 21. August 1983 der philippinische Oppositionspolitiker Benigno Aquino bei seiner Rückkehr aus einem dreijährigen Exil in den USA auf dem Flughafen von Manila erschossen. Zwar lassen die mysteriösen Umstände des Attentats viele Fragen hinsichtlich der Täterschaft offen, doch konnte die Regierung die weitverbreiteten Verdachtsmomente an ihrer Mitbeteiligung bislang nicht glaubwürdig widerlegen. Während bei nüchterner Abwägung der Interessenlage angenommen werden muß, daß der Mordanschlag ohne Wissen von Präsident Marcos verübt wurde, sind die Hintermänner des Attentats dennoch mit einiger Wahrscheinlichkeit innerhalb des engeren Herrschaftszirkels zu suchen. Angesichts der in Manila weiterhin hartnäckig kursierenden Gerüchte über Marcos' schlechten Gesundheitszustand, die in jüngster Zeit neue Nahrung gewannen, spricht einiges dafür, daß das Attentat auf Aquino Teil des bereits in voller Schärfe entbrannten Kampfes um die Nachfolge Marcos' ist.

Über die langfristigen politischen Auswirkungen der Ermordung Aquinos lassen sich gegenwärtig lediglich Spekulationen anstellen. Sicher ist nur, daß mit dem Tode Aquinos die ohnehin stark geschwächte bürgerlich-gemäßigte Opposition weiter an politischem Einfluß verlieren wird. Aquino war wohl der einzige Oppositionspolitiker, der aufgrund seines Charismas die in sich gesplante bürgerliche Opposition hätte einen können. Mit Aquinos Tod dürfte sich der Trend zur politischen Polarisierung, der im vorangehenden Artikel bereits konstatiert wurde, fortsetzen und beschleunigen. Einer der Hauptgewinner ist damit zweifellos die NDF, deren These von der Unmöglichkeit eines friedlichen und unblutigen Machtwechsels in den Philippinen durch das Attentat Bestätigung gefunden hat. In eine schwierige Position geraten auch die USA, die sich nach dem Attentat

vor das Dilemma gestellt sehen, entweder weiterhin auf seiten der kompromittierten Marcos-Administration zu stehen, oder auf eine führerlos gewordene, ständig an politischer Bedeutung verlierende bürgerlich-gemäßigte Opposition setzen zu müssen.

Summary

On 17th January 1981, President Ferdinand E. Marcos of the Philippines lifted martial law which he had imposed on the country in 1972. While Marcos announced this measure as a step of normalization and a return to democracy, this article argues that no substantial changes in the political system of the Philippines have occurred in the meantime. This hypothesis was tested through an analysis of the political decision-making processes, the composition of the ruling elite and the role of the modest as well as the militant opposition. The findings are that virtually no liberalization in political decision-making took place after the lifting of martial law and that the civil liberties are still subjected to many restrictions. Similarly, the ruling elite composed of a group of technocrats, the military and cronies of the presidential couple has not changed significantly. The modest opposition is internally divided while the militant opposition under the umbrella of the National Democratic Front (including the Communist Party of the Philippines and the New People's Army) is due to government repression and a deteriorating economy increasingly gaining strength. Today, the NPA is operating in virtually all provinces of the country. The slow but steadily growing strength of the militant opposition has also led to an increasing militarization and hence to increased government repression. Although still in its early stages, there are also signs that the conflict between the government and the guerrillas will be internationalized.

This article was written before the assassination of Benigno Aquino, a leading oppositionist politician, on August 21, 1983. His death will inevitably contribute to a further decline of the moderate opposition, which has lost its most appealing political leader, and intensify the ongoing polarization and radicalization of Philippine politics.

Anmerkungen

- ¹ Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die "April 6 Movement", die sich zu den Anschlägen bekannte, von philippinischen Exil-Politikern wie Raul Mangalpus und Benigno Aquino unterstützt und finanziert wurde.
- ² Vgl. Walden Bello/David Kinley/Elaine Elinson, *Development Debacle: The World Bank in the Philippines*, San Francisco 1982, S.14.
- ³ Siehe Jürgen Rüländ, *Politik und Verwaltung in Metro Manila. Aspekte der Herrschaftsstabilisierung in einem autoritären politischen System*, München 1982, S.33.
- ⁴ Nur diejenigen politischen Gruppierungen werden von der COMELEC als "Partei" anerkannt, die bei der letzten vorangegangenen Wahl auf einen der ersten drei Plätze kamen. Gelang es einer Partei in einer Region ein dementsprechendes Ergebnis zu erzielen, so kann sie bei der darauffolgenden Wahl in dieser Region als Partei antreten, nicht jedoch in den übrigen Regionen des Landes.
- ⁵ Siehe dazu Jürgen Rüländ, *Die Philippinen: Zwischen Repression und Widerstand. Ein Überblick über neueste Entwicklungen*, Freiburg 1982, S.4.
- ⁶ Clark D. Neher, *Politics in Southeast Asia*, Cambridge Mass. 1981, S.188.
- ⁷ Robert L. Youngblood, *The Philippines in 1981: From "New Society" to "New Republic"*, in: *Asian Survey*, Vol.XXII, No.2, February 1982, S.227.
- ⁸ Siehe Ebda., S.227.
- ⁹ In diesem Zusammenhang muß hervorgehoben werden, daß die Opposition nach den Bestimmungen des geltenden Wahlgesetzes dadurch auch ihre Berechtigung zur Teilnahme an den für Mai 1984 anberaumten Wahlen zum BP und den Präsidentschaftswahlen 1987 verspielt hat.
- ¹⁰ Auf Santos entfielen 8,5% und auf Bartolome Cabangbang, der die Philippinen als Bundesstaat den USA angliedern will, nur 3,4%. Youngblood (1982), S.228.
- ¹¹ *Indonesia Times*, 19.5.1982: FEER, 21.5.1982, S.14.
- ¹² R.S. Milne, *Technocrats and Politics in the ASEAN-Countries*, in: *Pacific Affairs* Vol.55, No.3, Fall 1982, S.410ff.; siehe auch *Technocrats in Southeast Asia: A Symposium*, in: *Asian Survey*, Vol.XVI, December 1976, No.12, S.1151-1201.
- ¹³ Die Auslandsverschuldung belief sich Ende 1982 auf rund 18 Mrd. US\$, während der Schuldendienst auf etwa 28% der Exporteinnahmen geschätzt wurde. Das Zahlungsbilanzdefizit von 1982 wird auf 747 Mio. US\$ geschätzt. Siehe FAZ, 27.12.1982, S.12 und *Asia Yearbook* 1983, S.8.

- ¹⁴ Die Investitionen der WB in den Philippinen zwischen 1973 und 1981 belaufen sich auf insgesamt 2,6 Mrd. US\$. Darüber hinaus sind die Philippinen das beim IWF am höchsten verschuldete Land Asiens und der Dritten Welt (mit insgesamt 1,6 Mrd. US\$, 1980); siehe Bello u.a. (1982), S.24 und S.50 und Financial Times, 7.11.1980.
- ¹⁵ Siehe hierzu Bello u.a. (1982), S.187.
- ¹⁶ NZZ, 14.5.1983.
- ¹⁷ Die Welt, 28.7.1982.
- ¹⁸ Siehe Jürgen Rüländ, Die Philippinen: Zwischen Repression und Widerstand. Ein Überblick über neueste Entwicklungen, Freiburg 1982, S.25.
- ¹⁹ Folgende zwölf Oppositionsgruppen schlossen sich im April 1982 in der UNIDO zu einer "großen Koalition" zusammen: Liberal Party (LP), Nacionalista-Party (NP), Bicol Saro, Concerned Citizen Aggruppation (CCA), Interim National Assembly Association, Kabataang Pilipino, Mindanao Alliance (MA), National Organization of Women, National Union for Liberation (NUL), Unido Central Visayas, LABAN, Philippine Democratic Party (PDP). Im Oktober 1982 kamen drei weitere Gruppierungen hinzu: Alyansa ng Bayan, Laban sa Pasismo, Movement of Attorneys for Brotherhood. Integrity, Nationalism and Independence. Dagegen schlossen sich die neugegründete Social Democratic Party (SDP), Francisco Tatods und Reuben Canoys sowie die Civil Liberties Union of the Philippines (CLUP) unter Führung von José Diokno nicht der UNIDO an. Siehe Robert L. Youngblood, The Philippines in 1982: Marcos gets tough with Domestic Critics, in: Asian Survey, Vol.XXIII, No.2, February 1983, S.215.
- ²⁰ Dazu siehe vor allem Bello u.a. (1982), S.127-197.
- ²¹ Asia Yearbook 1983, Philippines, S.231.
- ²² FEER, 21.9.1981, S.18.
- ²³ Siehe hierzu u.a. Mindanao: Development and Marginalization, in: AMPO, Japan-Asia Quarterly Review, Vol.13, No.3, 1981, S.24-40; AFRIM Resource Center, Mindanao Report, A Preliminary Study on the Economic Origins of Social Unrest, Davao City 1980.
- ²⁴ Bello u.a. (1982), S.9.
- ²⁵ Siehe Jürgen Dauth, Die Misere der Massen ist das beste Argument der "Volksarmee", in: Frankfurter Rundschau, 11.3.1983.
- ²⁶ Einzelheiten hierzu siehe u.a. Hans U. Luther, Der Mindanao Konflikt: "Interner Kolonialismus" und regionale Rebellion in den Südphilippinen, in: Kushi M. Khan/Volker Matthies (Hrsg.), Regionalkonflikte in der Dritten Welt, München, Köln, London 1981, S.183-282.

- ²⁷ Im Anschluß an seinen Staatsbesuch in Saudi-Arabien, bei dem auch das philippinische Moslem-Problem erörtert wurde, schrieb Marcos Wahlen zu den Beratenden Versammlungen in den vorwiegend von Moslems bewohnten Regionen IX und XII aus. Ohne Beteiligung der MNLF und der UNIDO gewann Marcos' KBL-Partei alle 34 Sitze.
- ²⁸ Siehe auch Asia Yearbook 1983, Philippines, S.236.
- ²⁹ Youngblood (1983), S.211. Berichte deuten darüber hinaus darauf hin, daß sich Plantagenbesitzer - darunter auch multinationale Agrokonzerne - unter dem Schutz der Militärs das Land der in den Wehrdörfern evakuierten Bauern aneignen. Siehe SZ, 22.8.1983, S.3.
- ³⁰ Political Detainees Update, Vol.V, No.14, July 31, 1981, S.5.
- ³¹ Robert L. Youngblood, Government-Media Relations in the Philippines, mimeographed paper, Manila 1979, S.5, zitiert nach The Philippine Times, July 31, 1977.
- ³² Das Wirtschaftswachstum betrug 1981 und 1982 lediglich 2,5%. Siehe Asia Yearbook 1983, Philippines, S.236.
- ³³ So sieht das überarbeitete Stützpunktabkommen, das im April 1983 zwischen den USA und den Philippinen abgeschlossen wurde, Militärhilfeeleistungen der USA in Höhe von 425 Mio. US\$ für den Zeitraum von 1984-1989 vor. Siehe FEER, 16.6.1983, S.30.
- ³⁴ Eduardo Lachica, Reagan Begins to Look Beyond Marcos, in: Asian Wall Street Journal, 30.6.1983; Ebenso, FEER, 21.7.1983, S.16.